

V3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Grüne Jugend Bielefeld (dort beschlossen am: 25.03.2024)

Titel: Gesundheit statt Profite!

Antragstext

1 Das Gesundheitssystem wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch
2 unterfinanziert, sodass nicht nur massenhafte Klinikinsolvenzen in Kauf genommen
3 wurden, sondern auch durch Privatinvestor*innen, Profite auf Kosten unserer
4 Gesundheit gemacht werden.

5 Ambulante oder digitale Behandlungsmethoden treiben das Kliniksterben voran und
6 werden oft als unvermeidliche Modernisierungsmaßnahmen dargestellt, für uns ist
7 jedoch klar: über die Behandlungsmethode entscheiden nicht die Kosten, sondern
8 der Nutzen für die Patient*innen! Ein gutes Gesundheitssystem heißt: Das Wohl
9 der Menschen als oberste Priorität!

10 **Keine pauschalen Patient*innen**

11 Wie die Neoliberalisierung der Kliniken die Qualität der Gesundheitsversorgung
12 immer weiter verschlechtert, zeigt sich besonders am Fallpauschalen-System.
13 Bestimmt werden diese Fallpauschalen, indem für Erkrankungen Kategorien erstellt
14 werden, die anschließend die Verweildauer der erkrankten Person im Krankenhaus
15 entscheidet. Aus diesem Grund tendieren Krankenhäuser dazu, Patient*innen
16 möglichst früh zu entlassen, um den größtmöglichen Gewinn zu erzielen.

17 Eine Alternative? Gibt es! Das Finanzierungsmodell der Selbstkostendeckung wurde
18 bis 1992 angewandt und im Zuge einer stetigen Neoliberalisierung und daraus
19 folgenden Privatisierungen abgeschafft. Bei diesem werden Pflegesätze für
20 Krankenhäuser nach Personal, Sachmitteln und Krankenhausbetrieb berechnet, nicht
21 etwa nach erbrachter Leistung.

22 Wir fordern: Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung statt Fallpauschalen!
23 Wiedereinführung der Selbstkostendeckung jetzt!

24 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen – jetzt!**

25 Katastrophale Arbeitsbedingungen und massiver Personalmangel: nicht zuletzt die
26 Pandemie hat gezeigt, dass in NRW laut Ver.di 20.000 Fachkräfte in
27 Krankenhäusern fehlen. Überstunden, belastungsbedingte Krankheiten und die
28 Konfrontation mit menschenunwürdigen Verhältnissen lassen Pflegekräfte aus dem
29 Job ausscheiden und machen ihn unattraktiv für Ausbildungssuchende.

30 Doch gerade damit die Attraktivität des Berufs wieder steigt, braucht es eine
31 massive Entlastung der Pflegekräfte im Arbeitsalltag und damit mehr Pflegekräfte
32 je Patient*in.

33 Wir fordern: Solidarität statt gesellschaftlichem Druck auf die Pflege: Auch
34 Pflegende dürfen ohne schlechtes Gewissen streiken! Es braucht mehr Personal,
35 Entlastung und mehr Lohn jetzt!

36 Ein Reformversuch wurde 2022 mit dem Tarifvertrag-Entlastung durch die
37 Beschäftigten von sechs Unikliniken in NRW nach wochenlangen Tarifverhandlungen
38 erstritten. Dies war der längste Arbeitskampf in der Geschichte des
39 Gesundheitssystems in NRW. Er legt unter anderem das Verhältnis zwischen
40 Beschäftigten und Erkrankten auf verschiedenen Stationen fest und sieht freie
41 Tage als Belastungsausgleich vor. Die Bilanz des Tarifvertrages ist nach einem
42 Jahr jedoch ernüchternd. Der Vertrag konnte keine signifikanten Veränderungen
43 bewirken: Personalmangel bleibt weiterhin bestehen und die Bewerksstellung des
44 Pflegeaufwands kann nicht, oder nur durch Ausbeutung von Leiharbeiter*innen,
45 eingehalten werden. Das Problem reicht tiefer, unsere Krankenhäuser wurden
46 kaputtgespart: Landesweit besteht ein Investitionsbedarf von 34,6 Milliarden
47 Euro!

48 Wir fordern: Schluss mit oberflächlichen und zögerlichen Veränderungen. Wir
49 müssen unser Gesundheitssystem von Grund auf reformieren. Dafür muss das Land
50 massiv investieren und dafür muss sich NRW auf Bundesebene einsetzen.

51 **Echte Hilfsangebote für alle Krankheiten**

52 Wenn es um das Wohl der Patient*innen geht, bleibt die Situation der Menschen
53 mit psychischen Erkrankungen jedoch ein blinder Fleck. Das Gesetz über Hilfen
54 und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten ermöglicht trotz der Reformen
55 von 2017 weiterhin die drastische Einschränkung der Rechte von Menschen mit

56 psychischen Erkrankungen, besonders in geschützten Psychiatrien, wo
57 Zwangseinweisungen, -medikationen und Fixierungen traurige Realität sind und
58 nicht selten in rechtlicher Entmündigung enden.

59 Menschen mit psychischen Erkrankungen leiden jedoch nicht nur unter einer
60 Stigmatisierung innerhalb des Gesundheitssystems. Auch sind Bereiche wie
61 Psychiatrien und psychotherapeutische Angebote von einer andauernden Verknappung
62 betroffen.

63 Wir fordern: Gesundheitssystem auf Augenhöhe statt Entmündigung! Es braucht
64 einen massiven Ausbau des psychotherapeutischen Angebots.

65 **Gleiches Recht für alle bei der Gesundheitsversorgung**

66 In ländlichen Regionen werden die fehlende Unterstützung des Staates und das
67 Kliniksterben besonders deutlich. Dies erfordert dringend entschlossene
68 Maßnahmen. Die Aufmerksamkeit muss auf die Lage der Bewohner*innen ländlicher
69 Gemeinden gelenkt werden, die zunehmend mit längeren Anfahrtswegen,
70 eingeschränktem Zugang zu Dienstleistungen und einer schlechten Versorgung
71 konfrontiert sind. Gerade auf dem Land verschärft der dortige demografische
72 Wandel in Kombination mit der finanziellen Benachteiligung den Mangel an
73 Gesundheitsdiensten.

74 Neben der Ungleichheit zwischen Stadt und Land können sich nicht mehr alle
75 Menschen die Versorgung leisten und immer mehr ärztliches Fachpersonal zieht
76 Privatversicherte vor. Es braucht einheitliche Regelung und keine Zwei-Klassen-
77 Gesellschaft in der medizinischen Versorgung!

78 Wir fordern: Ob auf dem Land oder mit schmalem Geldbeutel- gute
79 Gesundheitsversorgung für alle überall!

Begründung

Erfolgt mündlich